

aa / Erlander

VERTRAULICH

Offizieller Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten
Erlander vom 9./10. April 1969

1. Arbeitssitzung vom 9. April 1969

Anwesende:

Premierminister Erlander
Staatssekretär v. Sydow
Direktor Graf Wachtmeister
Botschafter Böök
Kabinettssekretär Ferm
Botschaftsrat Holmquist

Bundesrat Spühler
Botschafter Micheli
Botschafter Thalmann
Botschafter Weitnauer
Botschafter Languetin
Botschafter Fässler
Dr. Miesch
Dr. Hugentobler
Uebersetzer: Fürsprecher Wermuth
Protokollh: Dr. Kaufmann

Beginn: 15.30 Uhr

Herr Spühler begrüsst die Gäste, eröffnet das Gespräch und lädt Herrn Erlander ein, jene Probleme aufzugreifen, die ihm besonders interessant scheinen.

Herr Erlander dankt und nennt als hauptsächlichstes ihn beschäftigendes Thema die Frage der europäischen Integration. Die schwedische und die schweizerische Haltung sind sich sehr ähnlich; es interessiert in diesem Zusammenhang, wie die Schweiz die von de Gaulle in die Diskussion geworfene Idee einer grösseren "Freihandelszone" (ohne dass dieses Wort gebraucht wird) als Möglichkeit beurteilt.

./.



- 2 -

Herr Spühler weist darauf hin, dass nach schweizerischer Auffassung für eine Erweiterung der EWG weder kurz- noch langfristig Aussichten bestehen; de Gaulle will das Gebilde in seiner heutigen "Reinheit" erhalten und ist deshalb gegen Zulassung weiterer Mitglieder. - Bern ist der Ansicht, dass jede Lösung, die einen Schritt nach vorne bringen kann, positiv studiert werden muss; deshalb wurde hier der Vorschlag de Gaulles auf Schaffung einer "Freihandelszone" der EWG mit anderen Ländern begrüsst. Eine solche Lösung ginge durchaus in Richtung dessen, was seinerzeit das Ziel jener Länder war, die damals die EFTA gründeten, weil sie der EWG nicht beitreten wollten. Deshalb sollte die Idee ernsthaft studiert werden.

Herr Weitnauer fügt bei, dass man schweizerischerseits pragmatisch sei, und entsprechend gehe man an das Problem heran: nach schweizerischer Ansicht geht es um ein rein wirtschaftliches Problem, und man ist entsprechend nicht gerade glücklich, dass in gewissen EFTA-Kreisen daraus ein politisch-wirtschaftliches Gemenge geschaffen wird; aus diesem Grunde hätte man es auch lieber gesehen, wenn de Gaulle die Möglichkeit nicht gegenüber Soames aufgebracht hätte. Wahrscheinlich hat de Gaulle heute eingesehen, dass ein wirtschaftlich getrenntes Westeuropa angesichts des sich abzeichnenden Modus vivendi zwischen USA und UdSSR ins Hintertreffen kommen könnte, und er sucht nach einer Formel, um die wirtschaftliche Einigung zustandezubringen. Wenn er bei seinem Vorschlag den Ausdruck "Freihandelszone" vermeidet, dann wohl deshalb, weil es 1958 die Franzosen waren, die die Konzeption einer "grossen Freihandelszone" torpedierten. Schweizerischerseits besteht das Gefühl, dass ev. an der kommenden Aussenministerkonferenz der EWG vom 12. Mai Vorschläge von französischer Seite erfolgen könnten. In diesem Falle wäre sehr zu hoffen, dass auf EFTA-Seite positiv reagiert würde. - In Wien ergab sich eine recht intensive Diskussion mit den Briten; diese wollten, aus politischen Gründen, Vollmitglied der EWG werden. Die Schweiz und Schweden hingegen sind der Auffassung, dass Möglichkeiten zu rein wirtschaftlichen Lösungen ohne Rücksicht auf allfällige politische Präjudizen, voll akzeptiert werden sollten. Die Briten sind nach wie vor eine grosse Nation und könnten den jetzigen Vorschlag akzeptieren, ohne ein Risiko einzugehen.

Herr Erlander stellt fest, dass die schwedische Ansicht der schweizerischen entspricht. Er fragt, ob man es in Bern für möglich halte, dass die

./.

- 3 -

Briten sich mit Global-Verhandlungen EFTA-EWG einverstanden erklären könnten; und falls nein, welches nach Ansicht Berns der angezeigte nächste Schritt wäre; könnte er in bilateralen Verhandlungen bestehen? Herr Spühler glaubt nicht, dass London sich zu Verhandlungen EFTA-EWG bereit finden dürfte; andererseits sollten Verhandlungen einzelner EFTA-Staaten zur EWG nicht unter Umgehung der EFTA in Genf unternommen werden. Die Schweiz jedenfalls erachtet es als selbstverständlich, die Zusammenarbeit nach wie vor zu pflegen.

Herr Weitnauer findet, das Ideal würde in gemeinsamen Verhandlungen aller EFTA-Staaten liegen; falls dies nicht möglich ist, wäre es gefährlich, sich einzeln in bilaterale Verhandlungen einzulassen, denn dies würde ein grosses Risiko für die EFTA bedeuten. Obschon anzunehmen ist, dass die USA jede Lösung akzeptieren, die letzten Endes zu einer politischen Einigung Westeuropas führt, könnte es doch sehr wohl möglich sein, dass sie gegen eine Lösung opponieren, die für sie diskriminatorisch und gleichzeitig ohne jeden politischen Vorteil wäre. Insbesondere ist heute die Linie Nixons noch nicht bekannt. Jedenfalls ist grösste Vorsicht am Platze, um die Zusammenarbeit mit den USA, wie sie sich in den Resultaten der Kennedy-Runde herausgebildet hat, nicht zu gefährden. Bekanntlich ist gegenwärtig in den USA eine protektionistische Welle festzustellen. - Eventuell könnte eine Lösung gemäss der Meistbegünstigungsklausel gefunden werden. - Er bittet Herrn Erlander noch um Aufschluss über die Bedeutung der von ihm vorher erwähnten "bilateralen Verhandlungen".

Herr Erlander bestätigt zuerst, dass die schweizerische Auffassung mit der schwedischen übereinstimmt. - Was die letzte Frage betrifft, so glaubt Stockholm, dass die Briten sich dem Wunsch der übrigen EFTA-Länder nach Sondierungen über den Vorschlag einer "Freihandelszone" EWG-EFTA beugen müssen; falls sie es nicht tun, dann sollte es z.B. Schweden und der Schweiz unbenommen bleiben, solche Sondierungen aufzunehmen.

Herr Weitnauer präzisiert seine Frage: wären darunter beispielsweise Verhandlungen Skandinavien-EWG zu verstehen?

Herr Erlander erwidert, dass diese Frage im Augenblick noch nicht beantwortet werden könne; Grossbritannien ist ein grosser Absatzmarkt,

./.

- 4 -

und jedenfalls hat Stockholm kein Interesse, etwas zu unternehmen, was der EFTA schaden könnte. Es sollten auf alle Fälle vorerst die EWG-Ministertagung und nachher die EFTA-Konferenz abgewartet werden. Herr Languetin führt aus, dass man heute nicht wisse, ob es überhaupt zu Verhandlungen über die Schaffung einer erweiterten "Freihandelszone" kommen werde, oder ob es nicht vielmehr allmählich zu einer solchen als Folge einer ständigen unmerklichen Entwicklung kommen werde; letzteres anzunehmen sei zwar heute aus der Mode gekommen, aber nicht ohne weiteres auszuschliessen. - Die EFTA-Vertreter in Genf wurden beauftragt, die Frage von "Handelsarrangements" zu studieren; schweizerischerseits wurde zur Lösung dieser schwierigen Frage ein statistisches Vorgehen vorgeschlagen; die Resultate würden ähnlich wie seinerzeit bei der Kennedy-Runde ausgewertet. Das ist ein bescheidener Anfang, der aber Schritt für Schritt doch zu einer erweiterten Freihandelszone führen könnte. Schweizerischerseits ist man etwas enttäuscht, dass dieser Vorschlag in der Praxis bisher wenig Unterstützung gefunden hat; insbesondere wäre die schwedische Unterstützung wertvoll.

Herr von Sydow stellt fest, dass Stockholm gewisse rein technische Schwierigkeiten in bezug auf statistische Unterlagen hatte, dass man aber hoffe, in Bälde mit der Schweiz in dieser Frage zusammenarbeiten zu können.

Herr Erlander erkundigt sich, ob schweizerischerseits irgendwelche Unklarheiten über den Plan einer nordischen Wirtschaftsunion bestehen.

Herr Spühler bittet insbesondere um Auskünfte über die vorgesehene Zusammenarbeit zwischen NORDEK und EFTA.

Herr Erlander führt aus, dass seit Jahren eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den nordischen Staaten gesucht werde. Der wichtigste bisherige Schritt erfolgte mit der Schaffung der EFTA, wo allerdings der landwirtschaftliche Sektor ausgeklammert blieb; obschon im allgemeinen die skandinavischen Staaten grossen Nutzen aus der EFTA zogen, ergaben sich aus dem erwähnten Grunde doch gewisse Schwierigkeiten z.B. für Dänemark. Es waren vor allem die Dänen, die auf neue Verhandlungen unter den nordischen Staaten drängten, um freien Zugang zum nordischen Markt zu erlangen. Obschon es kaum möglich sein dürfte,

./.

das dänische Problem nur im nordischen Raum zu lösen, wird man doch sein Möglichstes tun. Im übrigen soll eine Zollunion geschaffen werden, die sich aber nicht gegen die EFTA richten wird.

Herr von Sydow fügt bei, dass die Zollunion im Gegenteil gewisse Vorteile für die EFTA schaffen werde. Grundlage für die Aussenzölle werde der gewogene Durchschnitt der Zölle aller nordischen Staaten bilden, was bedeute, dass die dänischen und norwegischen Zölle leicht steigen, die schwedischen aber leicht sinken werden; nachdem Schweden für die Schweiz der wichtigste Markt im Norden ist, dürfte dies wichtig sein. Auch auf dem Konsumgütersektor dürfte sich die Position der Schweiz (und Oesterreichs) gegenüber der EWG und den USA verbessern.

Herr Weitnauer stellt die Frage, wie sich die nordischen Länder in "organisatorischer" Beziehung verhalten werden, wenn sich die Möglichkeit einer grossen Freihandelszone ergeben sollte; würden sie dann gemeinsam auftreten, wie sie es in der Kennedy-Runde taten?

Herr Erlander hofft dies, weil dadurch die Position der einzelnen Länder gestärkt würde; die Zusammenarbeit wäre aber nicht protektionistisch, sondern rein "machtpolitisch", und es dürfte für die Schweiz sehr leicht sein, mit den nordischen Staaten zusammenzuarbeiten.

Herr Weitnauer erkundigt sich, ob im Gefolge der NORDEK eine Aenderung der dänischen Haltung zu erwarten sei, d.h. ob Dänemark dann mehr mit Schweden zusammengehen oder noch immer so reserviert bleiben werde wie z.B. in Wien.

Herr Erlander glaubt nicht, dass von einer völlig neuen Haltung der Dänen gesprochen werden kann, doch sei das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit unverkennbar. Es darf nicht vergessen werden, dass Grossbritannien als Markt für Dänemark ungleich wichtiger ist, als die nordischen Staaten; andererseits erkennt Kopenhagen, dass durch NORDEK auch Schweden zu einem Absatzmarkt werden kann.

Herr von Sydow bestätigt diese Ausführungen und fügt bei, dass man aber versuchen werde, die Handelspolitik zu koordinieren.

Herr Weitnauer versteht, dass hier ein delikater Zusammenhang besteht. Die Frage bleibt aber, ob die Möglichkeit einer erweiterten Freihandelszone von allen nordischen Staaten, inklusive den Dänen, akzeptiert würde, nachdem letztere in Wien eher dagegen waren.

- 6 -

Herr Erlander stellt fest, dass der interne nordische Markt jedenfalls wachse und damit die Wichtigkeit des britischen Marktes abnehme. - Zusammenfassend ist zu sagen, dass die zentralen Punkte der NORDEK sind: Zollunion und landwirtschaftliche Produkte.

Herr von Sydow ergänzt, dass sich diese Zusammenarbeit im NORDEK nicht auf Fragen der Sicherheit und der Aussenpolitik erstrecke.

Herr Erlander schneidet als weiteres wichtiges Problem die griechische Frage an. Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland nehmen hier bekanntlich eine sehr entschiedene Haltung ein; besteht eine Möglichkeit, im Hinblick auf die kommende Aussenministerkonferenz des Europarates vom 5./6. Mai auch mit der Schweiz eine gemeinsame Linie zu finden? Stockholm hat fünf Punkte aufgestellt, die eine Art Kompromiss darstellen.

Herr Spühler bemerkt, dass man soeben eine Note betreffend die Einstellung der skandinavischen Regierung erhalten habe und weist darauf hin, dass nach schweizerischer Auffassung zuerst das Ergebnis des nun eingesetzten Untersuchungsausschusses abgewartet werden sollte, bevor weitere Resolutionen gefasst werden. Das hindert nicht, dass die Frage im Sinne eines Meinungsaustausches diskutiert werden kann.

Herr Erlander fragt, ob Bern somit nicht nur seinen Entscheid über den Ausschluss Griechenlands, sondern auch die grundsätzliche Stellungnahme hinausschiebe.

Herr Spühler erklärt, dass Bern nicht gegen die Diskussion eines grundsätzlichen Entscheides sei, wohl aber dagegen, dass es zu einer Resolution des Ministerkomitees komme; denn dies würde das Ergebnis der Untersuchungskommission vorwegnehmen. Ein Beschluss sollte erst auf Grund dieses Ergebnisses gefasst werden.

Herr Wachtmeister erkundigt sich, ob Bern unter diesen Umständen zu einer Erklärung gemäss den vorgeschlagenen fünf Punkten bereit sei.

Herr Spühler glaubt, dass Einverständnis dazu bestehe, sofern die Erklärung als unverbindliches Resultat einer Aussprache erscheine und nicht als formelle Resolution. Der Europarat sollte möglichst lange als Instrument gegenseitigen Einverständnisses aufrechterhalten bleiben, und Griechenland sollte nicht ausgeschlossen werden, sondern vielmehr wieder in die europäische Familie zurückgeführt werden.

./.

- 7 -

Herr Wachtmeister stellt demgegenüber fest, dass auch die Integrität des Europarates nicht ausser Acht gelassen werden dürfe. Griechenland erfüllt gegenwärtig die Grundsätze des Europarates nicht und sollte sich deshalb daraus zurückziehen. - Dafür aber liesse sich wohl keine Mehrheit im Europarat finden. Deshalb formulierte Stockholm die fünf Punkte als eine Kompromissformel.

Herr Erlander unterstreicht, dass dieser Kompromiss im Grunde sehr gegen die wirkliche Meinung Schwedens geht.

Die Herren Erlander und Spühler kommen abschliessend noch überein, was der Presse an der folgenden Pressekonferenz mitgeteilt werden soll (weitgehende Uebereinstimmung der Standpunkte betreffend Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas, sei es in bezug auf Verhandlungen über Handelsarrangements, sei es in bezug auf die Verwirklichung neuer umfassender Ideen).

Schluss: 16.55 Uhr.

2. Arbeitssitzung vom 10. April 1969

Anwesende: dieselben;

auf schweizerischer Seite nimmt zusätzlich Herr Prof. Hochstrasser teil.

Beginn: 15.30 Uhr.

Herr Spühler eröffnet das Gespräch und hofft auf eine fruchtbare Fortsetzung der Aussprache.

Herr Erlander wirft die Frage nach der europäischen Sicherheit auf.

Herr Spühler nimmt an, dass wahrscheinlich auch in Stockholm der sowjetische Botschafter, im Anschluss an die Ueberreichung des Budapest Appells der Warschaupakt-Mächte, vorgespochen hat und die Hoffnung auf eine Unterstützung dieser Initiative ausdrückte.

Herr Erlander ist an der Frage, wie Herr Spühler, vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Rumänienbesuch interessiert. Stockholm betrachtet die Idee einer Sicherheitskonferenz positiv, vorausgesetzt, dass a) die Konferenz gut vorbereitet wird und b) auch die USA daran teilnehmen. - Zur Vorbereitung sollte eine Vorkonferenz einberufen werden, die die Möglichkeiten einer Einigung abzuklären hätte; falls solche Möglichkeiten nicht bestehen, hätte die Konferenz keinen Sinn. Die USA sollten natürlich schon an der Vorkonferenz teilnehmen. - Unter diesen beiden Bedingungen ist Stockholm bereit, an einer Sicherheitskonferenz teilzunehmen.

Herr Spühler stellt fest, dass schweizerischerseits vorläufig noch nicht offiziell auf das Dokument von Budapest geantwortet wurde; er hat lediglich dem ungarischen und dem sowjetischen Botschafter mündlich seine Auffassung mitgeteilt, die mit der schwedischen übereinstimmt; er wies darauf hin, dass das Dokument allgemein und vage formuliert sei und nichts Konkretes enthalte; vor dem Zustandekommen einer Konferenz müssten die einzelnen offenen Fragen abgeklärt werden, sei es auf diplomatischem Wege, sei es durch eine Vorkonferenz. Auch müssten die USA zu einer Sicherheitskonferenz eingeladen werden. Der sowjetische Botschafter lehnte dies nicht zum Vorneherein ab, sondern liess diese Möglichkeit zu. - Bern wird wohl nicht schriftlich antworten, sondern nur mündlich.

./.

- 2 -

Herr Micheli glaubt, dass wohl die meisten westlichen Länder eine analoge Haltung einnehmen. Indessen ist nicht klar, was unter "Vorbereitung" zu verstehen ist; soll die östliche Seite dies tun, oder will der Westen daran teilnehmen? Wenn ja, in welcher Weise? Und welche Rolle sollen die USA übernehmen? Könnten Länder wie Schweden oder die Schweiz dabei eine Rolle spielen?

Herr Erlander räumt ein, dass dies eine wichtige Frage ist. Stockholm betrachtet die Vorbereitung als eine Aufgabe für die Grossmächte; Schweden hat nicht am Krieg teilgenommen und ist der Ansicht, dass es nicht an Schweden ist, hier Initiativen zu ergreifen. Andererseits würde eine Einladung zur Teilnahme an einer Vorkonferenz natürlich nicht abgelehnt, und ebenso besteht Bereitschaft zur Mitarbeit, falls Themen auftauchen, wo Schweden etwas ausrichten kann. Stockholm ist sehr interessiert am Kontakt zu Bern; es dürfte wertvoll sein, nach Abschluss der beiderseitigen Besuche in Bukarest via die gegenseitigen Botschafter den Meinungs austausch zu diesem Thema weiter zu pflegen.

Herr Spühler begrüsst diese Anregung und erklärt sich bereit, die schwedische Seite in vollem Umfange über die Schritte zu unterrichten, die die Schweiz zu tun gedenkt. Es wäre wünschenswert, dass auch später eine volle Uebereinstimmung aufrechterhalten werden kann.

Herr Erlander stellt in Aussicht, den schweizerischen Botschafter unverzüglich nach Abschluss der nordischen Aussenministertagung von Ende April über diesbezügliche Ergebnisse zu orientieren.

Herr Micheli weist darauf hin, dass sich der Appell von Budapest in zwei aufschlussreichen Punkten von dem seiner Natur nach ähnlichen Dokument von Karlovy Vary unterscheidet: wenn in letzterem das Prinzip der Nichteinmischung in die innere Politik eines ~~Dritten~~ Landes sowie der Rückzug der Truppen aus Drittländern postuliert wurden, so fehlen diese beiden Punkte im Budapester Dokument. Es dürfte interessant sein zu sehen, was Bukarest hiezu denkt.

Herr Erlander erinnert daran, dass gerade diese beiden Punkte noch in eine gemeinsame Erklärung vom 1. August 1968 anlässlich des Besuches Kosygins in Schweden aufgenommen wurden. Stockholm kann deshalb jederzeit auf diese gemeinsame Erklärung hinweisen. Er wird, wie Herr Spühler diese beiden Punkte in Bukarest diskutieren.

./.

- 3 -

Dem weitern wirft er die Frage der Abrüstung auf.

Herr Wachtmeister erläutert, dass an den Genfer Abrüstungsverhandlungen die Frage einer Begrenzung strategischer Waffensysteme und das Nonproliferationsabkommen im Vordergrund stehen. - An der ersten Frage scheinen beide Parteien interessiert. Der Nonproliferationsvertrag wurde bisher von ca. 90 Staaten unterzeichnet und von etwa 10 ratifiziert (so USA und Grossbritannien). Die skandinavischen Nachbarn Schwedens haben ratifiziert, Schweden wird es noch vor dem Sommer tun. Die Bundesrepublik hat noch nicht unterzeichnet, wogegen Stockholm glaubt, dass ein Beitritt Bonns nicht zuletzt im Hinblick auf die Position der Sowjetunion wichtig ist. - Obschon das Nonproliferationsabkommen ein bedeutendes Resultat der Genfer-Verhandlungen darstellt, ist es doch eigentlich keine Abrüstungsmassnahme; es enthält keine Beschränkung der Nuklearwaffen oder deren Produktion durch die Nuklearmächte. Es handelt sich in erster Linie um eine Konzession der Nicht-Nuklearen, indem sie auf ein Recht verzichtet haben. Es ist an der Zeit, dass nun die Nuklearmächte ihrerseits einen Beitrag zur Abrüstung leisten. In diesem Sinne hat Schweden in Genf einen Vorschlag auf Verhinderung von Untergrund- Versuchen vorgebracht, der nicht mehr auf obligatorischer Inspektion beruht, sondern auf Inspektion gemäss Einladung: der einer Verletzung des Abkommens verdächtige Staat könnte den Partner über die Wiener IAO einladen, sich selbst über den Sachverhalt zu vergewissern; falls ein verdächtiger Staat hingegen eine solche Inspektion nicht zulassen will, könnte sich der andere an die UN wenden, und falls auch dies nichts hilft könnte er vom Abkommen zurücktreten. - Dies könnte einen Weg aus der jetzigen Sackgasse in Genf bringen. Vor zwei Tagen war zwar zu hören, dass die USA auf obligatorischen Inspektionen beharren, aber vielleicht ist das nicht ihr letztes Wort.

Herr Spühler dankt für diese Orientierung. Die Schweiz begrüsst grundsätzlich den Nonproliferationsvertrag; sie hat ja damals in Genf mitgearbeitet. Sie macht indessen heute zwei Vorbehalte: es sollten vor allem die potentiellen Nuklearmächte unterzeichnen, - so auch unsere Nachbarn, vor allem die BRD - ^{und} es sollte sich daraus keine Behinderung der friedlichen Nutzung der Atomenergie ergeben. Nach den Ereignissen in der CSSR hat Bern den Vertrag gewissermassen aufs Eis gelegt; nun wird er in

./.

absehbarer Zeit wieder aufgegriffen und vor das Parlament gebracht werden, wobei die Schweiz zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung keinen Unterschied zu machen gedenkt.

Herr Erlander versteht, warum die Schweiz auf einer vorherigen Unterzeichnung durch die BRD besteht; andererseits lässt sich auch sagen, dass nach Unterzeichnung durch alle kleinen Staaten ein gewisser Druck auf die BRD ausgeübt wird. Das ist die skandinavische Auffassung.

Herr Spühler erinnert daran, dass die Schweiz traditionell in Fragen, die ihre eigene Sicherheit berühren, die Haltung der Nachbarn abwartet. Darin liegt ein Unterschied zu den skandinavischen Ländern. - Auch Frankreich wird ja nicht unterzeichnen; Italien hat unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Eine schweizerische Unterzeichnung sollte zeitlich in die Nähe einer deutschen Unterzeichnung fallen, ohne dass diese notwendigerweise vorausgehen muss. - Die Schweiz sieht die Druckmöglichkeiten gegenüber der BRD eher bei den Grossmächten. - Frankreich seinerseits hat erklärt, dass es seine Nuklearwaffen nicht an Drittstaaten abgeben werde, wodurch es praktisch den Vertrag erfüllt. Die Haltung Frankreichs ist deshalb für Bern kein Grund zum Abwarten.

Herr Wachtmeister unterstreicht nochmals, dass Schweden alles daran setzen wird, um die Genfer-Verhandlungen aus der Sackgasse wegen den Kontrollen herauszubringen. Der neue Vorschlag wurde ausgearbeitet, nachdem vor zwei Jahren ein anderer schwedischer Vorschlag von den Grossmächten abgelehnt wurde. Die in Genf anwesenden acht Neutralen unterstützen den jetzigen Vorschlag, obschon die Aussichten, dass er akzeptiert wird, gering zu sein scheinen.

Herr Spühler weist darauf hin, dass man schweizerischerseits in Kontakt mit dem schwedischen Vertreter in Genf stehe; das Einvernehmen mit Frau Myrdal war seinerzeit sehr gut, und man hofft, hier, dass dieses Einvernehmen aufrechterhalten bleibt.

Wie handhabt Schweden seine Kontakte zu den kommunistischen Staaten Osteuropas nach der Intervention in der CSSR? Wird ein Unterschied gemacht zwischen Interventionsstaaten und solchen, die an der Aktion nicht teilnehmen?

- 5 -

Herr Erlander antwortet, dass die Intervention in der CSSR für Volk und Regierung Schwedens in allen Schichten einen Schock bedeutet habe; in- dessen habe die Regierung sich seither bemüht, die Auswirkungen dieses Schocks auf die Aussenpolitik zu dämpfen. Zwar kam es unmittelbar nach de. 21. August praktisch zu einem Stillstand in den wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Kontakten; dann aber kamen sie Schritt für Schritt wieder zustande. Es ist nach schwedischer Auffassung nötig, die Auswirkungen des 21. August allmählich zu überbrücken und wieder zu einer Normalisierung zu gelangen. Deshalb macht Stockholm keinen Unterschied zwischen den Interventionsstaaten und den andern.

Herr Spühler bestätigt, dass die Reaktion in Oeffentlichkeit und Parla- ment der Schweiz ähnlich heftig war wie jene in Schweden. Der Bundesrat unterstrich demgegenüber, dass die Alternative zur bisherigen Ent- spannung nur ein erneuter Kalter Krieg sein könne, was niemand wolle; deshalb sollte keine allzugrosse Zäsur eintreten. Immerhin wurde eine Zeitlang eine fühlbare Distanzierung gegenüber den Interventionsstaaten praktiziert: gewisse vorher geplante Kontakte wurden nicht durchgeführt. Gegenwärtig laufen die Kontakte allgemein wieder an, wobei aber nach wie vor ein Unterschied zwischen an der Intervention Beteiligten und Nicht- beteiligten gemacht wird. So würde z.B. die Oeffentlichkeit einen Be- such, wie er in Rumänien bevorsteht, in einem Interventionsstaat nicht verstehen.

Herr Erlander verweist auf einen schon vor dem 21. August 1968 liegenden Zwischenfall mit Polen, indem ein vom polnischen Ministerpräsidenten geplanter Schweden-Besuch wegen Aeusserungen Aussenminister Nilssons zum polnischen Antisemitismus abgesagt wurde; der jetzige Besuch in Bukarest war schon vor den Ereignissen in der CSSR geplant. Glaubt man in Bern die oben beschriebene Praxis der "differenzierten Ostkontakte" auf die Dauer aufrechterhalten zu können?

Herr Spühler bezweifelt das.

Herr Erlander kommt auf die kürzliche Eishockey-Weltmeisterschaften in Stockholm zu sprechen, die leider nicht dazu beigetragen haben, die Spannungen um die CSSR zu mildern.

Herr Spühler erkundigt sich nach der schwedischen Haltung gegenüber der DDR. Steht irgend eine Aenderung bevor?

./.

- 6 -

Herr Erlander verneint. Die Deutschlandfrage ist ein Problem, das von den Grossmächten und insbesondere von den Deutschen selbst gelöst werden muss. Schweden wird in dieser Hinsicht keine Initiativen ergreifen.

Herr Spühler fragt nach dem Status der DDR-Handelsvertretung in Stockholm. Herr Wachtmeister erklärt, dass sie keinerlei offiziellen Status besitze; der Handel mit der DDR wird von einem privaten Verrechnungs-Organismus geführt, und die Behörden haben nichts damit zu tun; die Vertreter werden nicht im Aussenministerium empfangen.

Herr von Sydow fügt bei, dass die DDR die Vertretung natürlich als offizielle betrachte.

Herr Spühler erläutert, dass in der Schweiz gegenwärtig überhaupt keine DDR-Vertretung bestehe. Es wurde aus Pankow Interesse an einer offiziellen Handelsvertretung bekundet; sollte es je zur Konzessionierung einer solchen Vertretung kommen, dann ausschliesslich auf privater Basis.

Herr Erlander fügt bei, dass in bezug auf Korea keinerlei Änderungen der schwedischen Haltung zu erwarten seien.

Herr Spühler erkundigt sich noch nach dem schwedischen Wiederaufbauplan für Vietnam; hat er etwas zu tun mit dem Mekong-Projekt der UN, oder ist er etwas anderes?

Herr Erlander antwortet, dass es sich gegenwärtig um einen Plan auf nordischer Basis handle, wobei nicht ausgeschlossen sei, dass er gelegentlich auf eine internationale Basis gestellt werde. Bisher habe Schweden beiden Teilen Vietnams Hilfe gewährt via das Rote Kreuz.

Herr Wachtmeister bestätigt, dass der Plan nichts mit dem Mekong-Projekt gemeinsam habe; es handle sich um etwas für die Zeit nach dem Kriege.

Herr Spühler lädt Herrn Hochstrasser ein, sich allenfalls zu Fragen der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zu äussern.

Herr Hochstrasser weist darauf hin, dass die schweizerischen Kontakte zur AB Atomenergi sehr eng sind. Das Problem wissenschaftlicher Entwicklung wird immer mehr zu einem internationalen Problem, und es ergeben sich gemeinsame Interessen, wo die Schweiz und Schweden, die sich strukturmässig verwandt sind, zusammenarbeiten können. So z.B. auf dem Gebiet der Atomenergie. Seitens der europäischen Staaten ist eine gewisse Zurückhaltung festzustellen, man rutsche vom Internationalismus zum Bilateralismus zurück. Es erhebt sich die Frage, ob sich gerade die

./.

kleineren Industriestaaten die Hand reichen könnten, um diese Phase zu überwinden. Wie beurteilt man schwedischerseits vom allgemeinpolitischen Standpunkt aus dieses Problem, und wäre man gegebenenfalls bereit, zusammen mit der Schweiz solche Initiativen zu unterstützen? Herr Erlander stellt fest, dass auch in Schweden das Zurückstehen Grossbritanniens zu einem Aufschub der Zusammenarbeit führte. Schon vor einigen Jahren bestanden schwedische Pläne für eine Zusammenarbeit mit Europa, Grossbritannien, den USA und der UdSSR wegen dem Bau eines Zyklotrons, um eine kostspielige Zerstückelung der Kräfte zu verhindern; denn der nächste Schritt auf diesem Gebiet wird gewaltige Mittel erfordern. Aber das Interesse an einer Zusammenarbeit war nicht sehr gross. Wie beurteilt man schweizerischerseits die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit?

Herr Hochstrasser stellt fest, dass er mit seiner Frage eigentlich etwas anderes im Sinne hatte. Er ist sich bewusst, dass die Projekte der Hochenergie-Physik nicht auf günstigem Boden stehen, weil sie von Projekten überschattet werden, die für die Menschheit von unmittelbarer Wichtigkeit sind (Gewässerschutz, Umwelterforschung etc.) Deshalb wird sich die Schweiz hier zwar nicht negativ verhalten, aber auch nicht allzu sehr drängen. Ein weltumfassendes Projekt für einen Beschleuniger wird schon aus politischen Gründen einige Zeit zur Verwirklichung brauchen.

Herr Erlander bekennt, dass auch die Schweden in dieser Hinsicht Realisten sind und die näherliegenden Aufgaben vorziehen. So versucht man z.B. gegenwärtig, eine Zusammenarbeit unter den nordischen Staaten zustande zu bringen. Aber Skandinavien wünscht seinerseits auch eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz; man könnte ev. sogar noch an die Mitarbeit eines weiteren Staates denken, z.B. Jugoslawien. Könnte eine solche Zusammenarbeit seitens der Schweiz in Frage kommen?

Herr Hochstrasser glaubt zu wissen, dass die Zusammenarbeit mit Jugoslawien sich vor allem auf das Gebiet der schwerwassermoderierten Reaktoren erstreckt. Da ist ein Zusammengehen zwischen Schweden und Jugoslawien gegeben. Die schweizerischen Forschungen auf diesem Gebiet wurden eingestellt, weil die Industrie von den Erfolgen der Leichtwasserreaktoren beeindruckt war; die Schweiz könnte also auf obigem Gebiet nur beschränkt mitarbeiten. Hingegen ist man hier bestrebt,

- 8 -

sich mit dem nächsten Schritt, den Brutreaktoren, vertraut zu machen. Hier liegt eine europäische Entwicklung vor, nämlich die Konstruktion von gasgekühlten Brutreaktoren. Besteht in Skandinavien Interesse, auf diesem Gebiet mit der Schweiz an neuen Entwicklungen zusammenzuarbeiten? Herr Wachtmeister ist der Ansicht, dass auf diesem Gebiet gute Ergebnisse erzielt werden könnten. Die bisherigen Einrichtungen auf Basis von natürlichem Uranium kommen sehr teuer zu stehen, während andere Anlagen noch nicht bestehen. Hier liegt bestimmt ein Tätigkeitsfeld für die Zusammenarbeit zwischen Kleinstaaten vor, und auf skandinavischer Seite besteht durchaus Interesse, gemeinsam mit der Schweiz eine Anreicherungsanlage zu konstruieren.

Herr Hochstrasser fügt bei, dass in diesem Zusammenhang die Frage der Technik von grosser Bedeutung sei. Wenn nur die von den Grossmächten entwickelte Gasdiffusionstechnik angewandt werden könnte, dann wäre selbst ein Zusammenschluss der europäischen Kleinstaaten ungenügend, um eine solche Anlage wirtschaftlich zu bauen und in Betrieb zu halten. Nun aber kommt die Neuentwicklung der Zentrifugen; Pläne in Grossbritannien, der Niederlande und der Bundesrepublik zeigen, dass solche Anlagen von einzelnen Ländern gebaut werden können. - Wie verhält sich Schweden zu diesem "Dreierklub"? Trotz des von letzterem vorgegebenen Interesses an einer Aufnahme weiterer Staaten haben schweizerische Sondierungen gezeigt, dass im Moment kaum Aussichten auf entsprechende Verhandlungen bestehen; man will sich offenbar zuerst etwas konsolidieren und erst dann weitere Staaten zulassen, was für diese eine ungünstige Position bedeutet.

Herr Erlander ist dankbar dafür, dass das Problem zur Sprache gebracht wurde. Er kann hier natürlich nicht konkret antworten, ist aber sicher, dass es sich um ein Feld für Zusammenarbeit unter den europäischen Kleinstaaten handelt, das für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit wichtig sein kann. Stockholm wird darauf zurückkommen.

Herr Spühler dankt seinerseits Herrn Erlander für diese Erklärung. Herr Hochstrasser wird entsprechend in Kontakt bleiben mit seinen schwedischen Kollegen.

./.

Schliesslich schneidet er noch die Frage der Waffenexporte an. In Stockholm hörte man sicher von der Affäre Bührle. Das Problem stellt sich für die Schweiz und Schweden ähnlich: die Rüstungsindustrie ist privat, und jede Fabrik benötigt für Herstellung und Ausfuhr von Waffen diverse Bewilligungen. Bern gibt diese Bewilligungen für Länder, wo kein Krieg geführt wird und wo auch keine Gefahr eines Krieges besteht. Im Prinzip herrscht schweizerischerseits nach wie vor die Meinung, dass die Herstellung von Waffen Sache der Privatindustrie sei und dass Waffenausfuhren nötig sind, um diese lebensfähig zu erhalten; eine Ausfuhr nur nach neutralen Staaten wäre eine zu kleine Basis.

Herr Erlander ist derselben Ansicht. Auch in Schweden ist die Waffenindustrie, mit wenigen Ausnahmen, privat. Auch Schweden exportiert keine Waffen nach Ländern, die sich im Krieg befinden oder wo das Risiko eines Konfliktes vorliegt. - Bestrebungen zur völligen Einstellung der Exporte mit Ausnahme der neutralen Länder stossen auf praktische Schwierigkeiten, da Schweden ja auch von andern Ländern Waffen kauft. Aber man versucht doch, ein allfälliges Risiko bei den Ausfuhren durch möglichst strenge Kontrollen zu verringern.

Herr von Sydow präzisiert, dass ein Unterschied insofern besteht, dass Schweden niemals an Private, sondern immer nur an Regierungsorganisationen liefert.

Herr Spühler erkundigt sich danach, ob Schweden ein Zeugnis des Abnehmers verlange, dass er die Waffen wirklich bestellt hat; schweizerischerseits habe man festgestellt, dass die Echtheit dieser Zeugnisse nachgeprüft werden müsse.

Herr von Sydow bestätigt, dass dies auch der schwedischen Praxis entspricht.

Herr Erlander weist darauf hin, dass es sich hier für Schweden um eine wichtige politische Frage handle, zu deren Untersuchung der Reichstag kürzlich die Einsetzung einer Kommission gefordert habe. Im übrigen ist die Ausfuhr konventioneller Waffen für Schweden nicht von grosser Wichtigkeit in der Aussenhandelsbilanz, höchstens im Sinne der Ermöglichung eines technischen Erfahrungsaustausches. Anders verhält es sich mit der schwedischen Flugzeugindustrie; da ist es für Schweden natürlich bedeutsam, dass es einer privaten Firma gelang, gegen französische und amerikanische Konkurrenz eine Serie "Draken" an Dänemark

- 10 -

zu verkaufen; ein solches Geschäft bewegt sich handelsmässig in ganz anderen Grössen (der 1. Auftrag umfasste eine halbe Milliarde Kronen). Bei solch grossen Aufträgen wird natürlich nach Spezifikationen des Bestellers gearbeitet, und das eröffnet die Möglichkeit zu engerer Zusammenarbeit in der entsprechenden Forschung. Aehnliches - so z.B. mit der Schweiz und mit Oesterreich - ist gegenwärtig im Tun; die daraus resultierende Diskussion über Anforderungen und Leistungen gibt Anlass zu gegenseitigem Erfahrungsaustausch. - Wenn kleine Staaten über relativ starke Flugzeugindustrien verfügen, ist das eine gute Sache; denn dies ermöglicht Unabhängigkeit von den Grossmächten. Der wirtschaftliche Aspekt ist nicht der wichtigste.

Herr Spühler stellt noch die Frage, ob somit auch nach schwedischer Auffassung Waffen nicht nur für eigene Bedürfnisse produziert und die entsprechend hohen Unkosten durch den Staat aufgebracht werden sollten. Herr Erlander präzisiert, dass für Schweden die Ausfuhr eben doch eher marginal sei, weshalb die Frage sich für Schweden anders stelle. - Es ist andererseits nicht ausser acht zu lassen, dass die von einem Embargo betroffenen Staaten ihre Waffen dann eben woanders kaufen, wobei es nur zuviele Quellen gibt, die gerne einspringen. Es ist deshalb nicht leicht, nein zu sagen, obschon es aus neutralitätspolitischen Gründen nötig ist.

Herr Spühler weist darauf hin, dass auch für die Schweiz der Export eher marginal sei, dass er aber für Forschung und Entwicklung sowie für den Geschäftsgang einzelner Unternehmungen von Bedeutung sei.

Herr Weitnauer kommt nochmals auf das gestrige Gespräch betreffend Fragen der europäischen Wirtschaftsintegration zurück und zitiert einen soeben eingegangenen Bericht, wonach es - im Gegensatz zur gestern geäusserten Vermutung - ganz unwahrscheinlich sei, dass Paris an der EWG-Ministertagung einen Vorschlag für eine grössere Lösung vorbringen werde; Debré werde sich vermutlich auf eine Lösung durch Handelsarrangements konzentrieren, wobei aber niemand glaube, dass London diesen Vorschlag annehmen werde; Frankreich mache ihn also nur in der Annahme, dass er verworfen werde. - Falls diese Information zutrifft, würde es für die andern EFTA-Partner umso wichtiger sein, diese Idee am Leben zu erhalten und sie vor allem an der kommenden Tagung in Genf den Engländern

./.

- 11-

vorzulegen, um ihnen zu zeigen, dass an ihr ein Interesse besteht.

Herr Erlander stimmt mit dieser Ansicht überein.

Herr Spühler würde es begrüßen, wenn in diesem Sinne eine gemeinsame, konzertierte Aktion von Schweden und der Schweiz unternommen werden könnte.

Herr Erlander stellt in Aussicht, dass Herr von Sydow, der in Stockholm die Arbeiten der Kommission für NORDEK leitet, nach der Konferenz der NORDEK-Kommission und vor der EFTA-Tagung in Genf, mit der schweizerischen Seite Kontakt aufnehmen wird. Er ist der Ansicht, dass eine gemeinsame Initiative möglich ist, aber zunächst mit den übrigen nordischen Staaten abgeklärt werden sollte.

[Anschliessend wird die Frage eines Presse-Communiqués besprochen. Die schwedische Seite zieht es vor, wenn nicht ein gemeinsames Communiqué herausgegeben wird (um Präzedenzfälle bei Besuchen in kommunistischen Staaten zu vermeiden). Es wird beschlossen, dass jede Seite ein eigenes Communiqué verfasst; der schweizerische Entwurf wird im Anschluss an die Sitzung mit einem Vertreter der schwedischen Seite bereinigt werden. Herr Spühler wirft abschliessend die Frage auf, ob ähnliche Kontakte auch in Zukunft weiter gepflogen werden können; die jetzigen Gespräche waren sehr nützlich und wertvoll; die beiden Länder stehen sich ja sehr nahe und pflegen bereits einen Austausch auf vielen Gebieten. Vielleicht wäre es denkbar, dass die Kontakte sogar in gewissen regelmässigen Abständen stattfinden könnten.

Herr Erlander stellt fest, dass seine hohen Erwartungen anlässlich seines Besuches in Bern erfüllt und übertroffen wurden. Dass die Standpunkte im wesentlichen übereinstimmen, war zum voraus gewiss; aber es war interessant, im Einzelnen die Nuancen kennen zu lernen. Auch er hofft, dass die Kontakte weiter gepflegt werden können, und zwar nicht nur in Spezialfragen, sondern auch in allgemeinen Gesprächen.

Herr Spühler beschliesst das Gespräch, indem er für den Besuch dankt und seiner Genugtuung über die zukünftigen Aussichten für die Kontakte Ausdruck gibt.

Schluss: 17.25 Uhr.